

SÖS? WER?

SÖS, DAS BEDEUTET STUTTGART, ÖKOLOGISCH, SOZIAL. SÖS, DAS IST EINE GRUPPE VON MENSCHEN, DENEN ES NICHT EGAL IST, WAS IN UND MIT STUTTGART PASSIERT, UND DENEN AUCH NICHT EGAL IST, WAS MIT DER WELT PASSIERT.

Die SÖS'ler sind meistens parteilos, aber politisch größtenteils seit Jahren aktiv. Einige SÖS'ler sind Mitglied einer Partei, aber deren Partei nicht Mitglied bei SÖS. SÖS ist keine Partei, sondern ein kommunales Personenbündnis. Augenblicklich wird SÖS durch Hannes Rockenbauch im Stuttgarter Gemeinderat vertreten. Da dieser Gemeinderat von einem Fraktionenkartell (CDU, SPD, Grüne, FWV und FDP) gesteuert und kontrolliert wird, sind Einzelstadträte aus entscheidenden Gremien aussortiert. Das ist für uns momentan aber nicht so wichtig, weil wir unsere Aufgabe darin sehen, mit den vielen Initiativen in Stuttgart zusammen deren Anliegen im Gemeinderat zu vertreten und umgekehrt, sie über Vorhaben des Gemeinderats und der Verwaltung zu informieren. Wir wollen zur Vernetzung beitragen und – bei aller Vielfalt – auch zur Verständigung auf einen kommunalen Handlungsrahmen.



Hannes Rockenbauch, Architekturstudent und SÖS-Stadtrat

WAS? SÖS

Das Wichtigste für uns ist das Gebot der Nachhaltigkeit. So zu leben und zu wirtschaften, dass die nachfolgenden Generationen im gleichen Maße an den Schätzen der Natur und deren Regenerationsfähigkeit teilhaben können. Eine solche nachhaltige Politik muss Einzelinteressen zurückdrängen und hat eine wahrhaftige demokratische Gesellschaft zur Voraussetzung, eine Gesellschaft, in der Rechte und Pflichten gleichermaßen für alle Menschen ohne Unterschied gelten und alle Menschen gleichberechtigt direkt mitentscheiden. Es hat nichts mit Demokratie zu tun, einer Partei, einem Politiker eine Stimme für vier oder fünf Jahre zu geben, einem Politiker, der oftmals längst gekauft ist oder gekauft werden wird von Interessenverbänden, einer Partei, bei der Lobbyisten aus- und ein gehen. Eine solche pseudodemokratische Gesellschaft wird vom Geld dieser großen Interessengruppen gesteuert und ist zwangsläufig unsozial und unökologisch. Natur und Mensch, das ist eine Wechselbeziehung, ein Balanceakt. Wer die Natur bedenkenlos für seinen Profit opfert, opfert ebenso bedenkenlos auch Menschen. Kriege, Hunger, Armut und Elend sind dann Kolateralschäden von Konzernstrategen.

WER MENSCHEN IN VERZWEIFLUNG UND ARMUT TREIBT, ERNTET KRIEG. UND KRIEG ZERSTÖRT ALLES: MENSCHEN, GESELLSCHAFTEN, UMWELT, RESSOURCEN UND ZUKUNFT.

EINE SOZIALE POLITIK IST DIE BEDINGUNG EINER NACHHALTIGEN POLITIK. UND BEIDES GEHT NUR DEMOKRATISCH.

SÖS trifft sich alle zwei Wochen öffentlich im Rathaus, um das weitere Handeln von Hannes Rockenbauch im Gemeinderat zu beraten – alle sind hierzu eingeladen. Die aktuellen Termine und mehr Infos gibt es unter: www.s-oe-s.de.

SÖS - DIE ANTRÄGE

Bis Ende August 2007 hat Hannes Rockenbauch 76 Anträge und Anfragen an die Stadtverwaltung gestellt. Hier ein kleiner Auszug. Mehr unter www.s-oe-s.de

- | | |
|----------|--|
| 369/2004 | Antrag vom 08.12.2004
Bürgerantrag von ver.di, Wasserforum, Soziales Netzwerk, Leben in Stuttgart e.V., attac |
| 387/2004 | Antrag vom 17.12.2004
Luftreinhaltung – Entschleunigung des Verkehrs |
| 228/2005 | Antrag vom 15.07.2005
Feinstaub / Luftreinhaltung / Aktionsplan |
| 270/2005 | Anfrage vom 21.09.2005
Wohnungswechsel von ALG II-BezieherInnen |
| 500/2005 | Haushaltsantrag vom 17.10.2005
Kinderfreundliches Stuttgart |
| 506/2005 | Haushaltsantrag vom 17.10.2005
Trinkwasserrückkauf |
| 540/2005 | Anfrage vom 09.11.2005
Nachhaltiges Bauflächenmanagement (NBS) und Flächenverbrauch |
| 542/2005 | Antrag vom 09.11.2005
Erneuerbare Energien in Neubaugebieten |
| 127/2006 | Antrag vom 12.04.2006
Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Stöckach |
| 151/2006 | Antrag vom 08.05.2006
Mobilfunkmasten in der Burgholzshofsiedlung |
| 316/2006 | Antrag vom 16.10.2006
Bürgerentscheid zu Stuttgart 21 |
| 78/2007 | Antrag vom 12.02.2007
Klimakatastrophe |
| 341/2007 | Anfrage vom 03.08.2007
Demokratischere Wasserpreise |



SÖS - Stuttgart Ökologisch Sozial
Personenbündnis zur Gemeinderatswahl 2004
info@s-oe-s.de | www.s-oe-s.de

SPRECHZEITEN

Mittwochs, 17:00 bis 18:00 Uhr
Raum 35a, Rathaus, Marktplatz 1
Telefon: 0711-2161950, Fax: 0711-216951950

GEMEINDERAT

Hannes Rockenbauch
Reinsburgstr. 109a
0711-6741969
hannes@s-oe-s.de

MITARBEITER

Gangolf Stocker
0711-766508
gangolf@s-oe-s.de

ViSdP

Stuttgart ökologisch sozial (SÖS), Stadtrat Hannes Rockenbauch, Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart.

Diese Veröffentlichung von Stadtrat Hannes Rockenbauch dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zu Zwecken der Wahlwerbung verwendet werden.
Stand 08/07



Stuttgart Ökologisch Sozial

Im Rathaus



NACHHALTIGKEIT

So, wie wir produzieren und leben werden wir Luft, Wasser und Boden so irreparabel schädigen, dass die nachfolgenden Generationen nur noch eine zerstörte Welt vorfinden werden, ohne ausreichende Nahrungsgrundlage und mit einem zerstörerischen Klima. So, wie wir konsumieren und produzieren, zerstören wir heute bereits das Leben von Millionen von Menschen, indem wir in Afrika, Asien und Südamerika die Bodenschätze ausbeuten und verbrannte und verseuchte Erde hinterlassen. Unsere CO2-Emissionen verursachen heute schon Orkane und Überschwemmungen. Unsere Mobilfunkmasten setzen uns einem unkontrollierten Feldversuch mit ungewissem Ausgang aus.

Wir leben auf einer endlichen Welt. Wir Menschen sind ein Teil der Natur und befinden uns mit ihr in einer engen Stoffwechselbeziehung. Alles, was der Mensch plant und ausführt, geschieht im Rahmen der Natur. Ihre Fähigkeit, lebensnotwendige Rohstoffe wieder nachzuwachsen zu lassen und sich zu regenerieren, ermöglicht auch zukünftigen Generationen gut zu leben. SÖS strebt mit ihrer Politik eine Produktions- und Lebensweise an, die sich innerhalb der Nutzungsgrenzen und Gleichgewichte des Naturhaushaltes bewegt und damit diese Fähigkeit der Natur erhält.

Nachhaltiges Wirtschaften zeichnet sich vor allem durch regionale Produktionskreisläufe, regionale Selbstversorgung durch erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe sowie ökologische Lebensmittel aus. Dieses Wirtschaften ermöglicht eine Autonomie,

die es unnötig macht, andere Länder und Menschen auszubeuten oder gar Kriege um die immer knapper werdenden, nicht erneuerbaren Ressourcen zu führen.

Die Bilanz der Möglichkeiten und Grenzen des Naturraums von Stuttgart und seiner Umgebung, der Naturverbrauch und das Vermeiden von unabwägbaren Risiken werden zum Maßstab jeder politischen Entscheidung. Dazu ist es notwendig, mit dem heute herrschenden Wachstumsglauben, der Beschleunigung von Menschen-, Waren- und Kapitalströmen sowie der scheinbaren Logik der Konzentration zu brechen. Eine Wirtschaftspolitik, die auf Gewinnmaximierung und Wachstum ausgerichtet ist und in der alles und jede/r zur Ware verkommt, lässt sich mit dem Begriff der Nachhaltigkeit nicht vereinbaren.

Die Region Stuttgart muss sich im Kampf der Metropolregionen Europas behaupten, heißt es. Dieses Mantra dient zur Rechtfertigung der Fildermesse, der Flughafenerweiterung, von Stuttgart 21 und vielen weiteren Planungen, die einzig dazu dienen, Geschäfte aller Art nach Stuttgart zu holen. Dies ist der Weg in einen rücksichtslosen Verbrauch von Boden, von Ressourcen und Menschen.

Die Region Stuttgart braucht dagegen eine Perspektive innerhalb der naturräumlichen Grenzen, die mit Hilfe heutiger Technik und heutigem Wissen und jahrtausendealter Erfahrung über die naturräumlichen Wechselbeziehungen den Verbrauch von Boden und Energie reguliert, und die uns und die nächsten Generationen in Frieden leben lässt.

Die heutige gewohnte Art des Produzierens und Konsumierens erfordert schnelle und billige Transportwege, schnellen und billigen **Verkehr**. Und umgekehrt: Schnelle und billige Transportwege erlauben billiges Produzieren und Konsumieren. Wenn wir daran etwas ändern wollen – und nicht nur des Klimas wegen – dann heißt dies im Umkehrschluss, Transportwege und Transportmittel müssen wieder langsamer werden und ihre Preise müssen den tatsächlichen gesellschaftlichen und ökologischen Kosten entsprechen. Eine nachhaltige Art von Produktion und Konsum setzt auf regionale Wirtschaftskreisläufe und vermeidet so Verkehr. Es nützt nichts, für den ÖPNV jährlich Millionen an Steuergeldern auszugeben, wenn nicht gleichzeitig die massive Subventionierung des Kfz-Verkehrs abgebaut wird. Ein Ausbau des ÖPNV bei gleichzeitigem Ausbau des Straßennetzes erzeugt zusätzlichen Verkehr, sowohl im ÖPNV, als auf der Straße. Soll der Verkehr auf die weniger umweltschädlichen Verkehrsmittel umgelenkt werden, darf der Kfz- und Luftverkehr nicht gefördert, sondern muss behindert werden. Stuttgart zahlt jede/r BürgerIn – vom Säugling bis zum Greis – im Jahr 120 bis 200 Euro für Kosten, die durch den

Autoverkehr entstehen, unabhängig davon, ob er ein Auto besitzt und dieses nutzt. Stuttgart 21 dient nicht dazu, Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Statt auf Stuttgart 21 setzen wir auf einen sanierten Kopfbahnhof.

Nachdem Stuttgart mit seinen NWS-Anteilen die kommunale Energie und Wasserversorgung an die EnBW verkauft hat, befindet sich die Landeshauptstadt voll im Griff der EnBW. Aber es geht nicht nur darum, wer uns den Strom, das Gas, das Wasser zu welchen Monopolpreisen verkauft; es geht auch darum, wie wir mit unserer **Energieversorgung** generell umgehen. Das Stromnetz muß wieder in kommunalen Besitz!

Wir wollen, dass Stuttgart wieder über den Aufbau von dezentralen, regenerativen Kraftwerken in die Stromproduktion einsteigt. Die Ausstattung der Gebäude mit Wärmeisolierung, mit Solarenergie soll nach dem Motto „fördern und fordern“, das heißt, zum einen bei der Aufstellung von Bauungsplänen verbindlich vorgeschrieben, zum anderen über massive finanzielle Förderung auch im Altbaubestand vorangetrieben werden. Schon jetzt könnte die Stadt ihre Liegenschaften zu 100% aus Ökostrom versorgen.

TRANSPARENZ, DEMOKRATIE

Eine Politik der Nachhaltigkeit geht nur demokratisch. Aber wahrscheinlich leben wir längst in einer korrupten Gesellschaft. Dass Regierungen regieren ist ein Irrglaube. Sie partizipieren allenfalls an der Macht der Wirtschaft. Gesetzentwürfe werden von deren Lobby geschrieben. Wenn wir dies ändern wollen, müssen wir auf kommunaler Ebene beginnen. Jede wichtige politische Entscheidung muss von den BürgerInnen verworfen oder bestätigt werden können. Bürgerentscheide sind derzeit de facto nicht möglich in Baden-Württemberg, weil die Bedingungen dafür oftmals unerfüllbar sind.

Grundlage einer kommunaler Demokratie ist nach unserem Verständnis der Bürgerhaushalt, das heißt, die Bürgerinnen und Bürger beraten und diskutieren von den Stadtquartieren aufwärts den Haushalt der Stadt Stuttgart. Bis jetzt sind die Bürgerinnen und Bürger hier außen vor. In Stuttgart machen das die Parteienfraktionen untereinander aus. Debatten im Gemeinderat sind Fensterreden für die Medien; die entscheidenden Diskussionen und Entscheidungen geschehen vorher in den nichtöffentlichen Sitzungen der Ausschüsse und Unterausschüsse.

Wir meinen: die Einwohner müssen über runde Tische, in Stadtteil- und in Quartiersversammlungen und über Bürgerentscheide und einen Bürgerhaushalt hier ein entscheidendes Wörtchen mitreden. Die kommunale Demokratie muss erst wieder hergestellt werden.



Räumung des selbstverwalteten Jugendzentrums „OBW9“

Der **öffentliche Raum**, also der Raum, der die Gebäude („privater Raum“) verbindet (Wege, Straßen, Plätze, Parks etc.), in welchem Kommunikation, Austausch von Meinungen und Informationen, die Bildung demokratischen Zusammenlebens stattfinden sollte, ist längst vom Auto besetzt worden. Nicht nur dies, Verwaltung und Gemeinderat der Stadt Stuttgart haben ihn regelrecht verhöhrt an die Werbeindustrie. Für Vereine oder Initiativen gibt es kein Plätzchen mehr „für’s Plakate aufhängen“; der letzte Quadratmeter, der letzte Verteilerkasten ist verkauft. Für Demonstrationen gibt es immer mehr „verbotene Zonen“, Flächen, die vermietet und kommerziell genutzt und daher der grundrechtlich garantierten Demonstrationsfreiheit nicht mehr zur Verfügung stehen. In einer Stadt, in der der Kampf um die Kunden die größten Flächen und grellsten Ausmaße angenommen hat, können BürgerInnen nicht mehr für ihre Anliegen werben. Es sei denn, sie verfügten über die erforderlichen Gelder. Plätze sind Orte der Identifikation mit der Stadt und keine Werblocken. Öffentlicher Raum muss auch als Freiraum für selbstverwaltete Projekte erhalten bleiben.

Neben dem öffentlichen Raum ist auch die Strom und Wasserversorgung schon verkauft. Klärwerke und Stadtbahnen wurden verleast. Als nächstes kommen wohl die Wohnungen der SWSG dran. Frei nach dem Motto: Der erfolgreichste Politiker ist der erfolgreichste Verkäufer. Verkäufer von Dingen allerdings, die nicht ihm gehören, denn alle diese Versorgungsstrukturen sind mit dem Geld der Bürger gebaut worden. Jedesmal wird hier aber auch ein Stück Demokratie mit verkauft.

Einrichtungen der **öffentlichen Daseinsvorsorge** gehören den Einwohnern der Stadt und dürfen nicht verkauft werden. Dort, wo sie schon verkauft sind, müssen sie rekommunalisiert werden, wie zum Beispiel der Betrieb der Wasserversorgung, zu dem neben dem Netz auch die Anteile an der Zweckverbänden gehören.

SÖSOZIAL

Grundlage einer sozialen Gesellschaft ist eine **solidarische Ökonomie**. Eine solidarische Ökonomie basiert auf der gleichberechtigten Teilhabe aller am Wirtschaftsprozess. Es geht also um eine Wirtschaftsform, deren Regulativ nicht der Profit ist, sondern Solidarität, Gerechtigkeit und der nachhaltige Umgang mit Energie und Ressourcen. Wasser, Boden und Luft sind keine Waren, sondern die natürlichen Lebensgrundlagen aller – und somit Allgemeingut. So werden Selbstverwaltung und Demokratie zum bestimmenden Kern unserer Lebens- und Produktionsweise. Selbstverständlich gilt es auch für öffentliche Einrichtungen der Daseinsvorsorge und Daseinssicherung wirtschaftliche Organisationsformen zu finden, die nicht profitorientiert arbeiten. Zu diesen Einrichtungen auf kommunaler Ebene gehören neben Infrastruktureinrichtungen des Gesundheitswesens und der Energie- und Wasserversorgung auch die **Bildungseinrichtungen**, wie Kinderhorte, Tagheime und Schulen, also alle Einrichtungen, die die Grundlage bilden für ein späteres gleichberechtigtes Leben. Eine soziale Gesellschaft lässt Migranten teilhaben an der Zukunftsplanung der Stadt und schließt sie nicht aus.

Die ungleichen Chancen der Kinder, der Reichen, der Armen, der Zugewanderten, werden „gleich gemacht“ durch kostenlose, aber qualifiziert geführte Kinderkrippen und Tagheime, durch Ganztagschulen, die auch ganztags Schulen sind, durch Schulsozialarbeit, durch gleiche Zugangschancen zum Studium (keine Studiengebühren), durch Schulsozialarbeit und kostenlose Museumsbesuche.

Die ungleichen Chancen der erwachsenen Einwohner mit Emigrationshintergrund oder aus den „Unterschichten“ werden „gleich gemacht“ unter anderem durch kostenlose Abendschulen. Die ungleichen Chancen der Frauen werden „gleich gemacht“ durch Entlastung über kostenlose, aber qualifiziert geführte Kinderkrippen und Tagheime und durch Einführung von Frauenquoten auf allen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsebenen.

Zu den Einrichtungen der Daseinsvorsorge und Daseinssicherung gehören natürlich auch die Verkehrsinfrastruktur und Versorgungsstruktur mit Energie, Wasser und Abwasser. Insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur hat die Stadt die Pflicht, allen VerkehrsteilnehmerInnen, vom Fußgänger angefangen bis zur Autofahrerin, eine gleichberechtigten Teilnahme an der Verkehrsinfrastruktur zu ermöglichen. Das geschieht zum einen über die Gestaltung der Straßen, so dass diese wieder zum öffentlichen Raum für alle und nicht nur für die Autofahrer werden. Für jede/n StuttgarterIn muss die Fahrt mit der Stadtbahn oder dem Bus erschwinglich sein, auch für den Obdachlosen. Die SSB-Tarife sind zu teuer.

Eine soziale Gesellschaft erfordert eine gerechte Verteilung gesellschaftlichen und privaten Reichtums. Schließlich sind die Armen arm, weil die Reichen reich sind und umgekehrt. Eine solche Umverteilung kann und muss auf kommunaler Ebene beginnen.

Die Kommune kann über eine wirklich demokratische Teilhabe aller Bürger Sonderentwicklungen verhindern. Um z.B. Gettho-Bildung zu vermeiden, muss die Stadt die Mietobergrenzen für Harz IV Empfänger anheben und eine angemessene **Wohnraumversorgung** schaffen. Das Recht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum ist ein Grundrecht. Die Quartiere der ärmeren Bevölkerung müssen genauso lebenswert sein, wie die Viertel der Wohlhabenden. Deswegen müssen die Bewohner verkehrsreicher Straßen vor Lärm, Feinstaub und Unfallgefahren geschützt werden. Und letztlich hat die Stadtverwaltung die ärmeren BürgerInnen nicht wie Bittsteller zu behandeln, sondern genau so freundlich, zuvorkommend und hilfsbereit wie einen „wichtigen“ Investor.

Die Stadt hat über die Förderung der **Kultur** ein wichtiges Steuerungsinstrument für Integration und gleichberechtigtes Zusammenleben in der Hand. So stolz die bildungsbürgerlichen Schichten über die „Oper des Jahres“ sein dürfen, so stolz sollen die Migranten der dritten Generation auf ihren Jugendreff, auf ihre Musik etc. sein können. Beides muss in gleichem Maß gefördert werden.

Eine Politik der Nachhaltigkeit, eine demokratische Politik ist zugleich eine solidarische Politik. Und umgekehrt, das eine geht nicht ohne das andere.



Schutz vor Lärm und Feinstaub muss allen zur Verfügung stehen.